65761/3

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

CONSEIL D'ETAT
LEGISLATION

25 -03- 2019

RAAD VAN STATE
WETGEVING

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministers für Soziales;

Nach Beratung,

Beschließt:

Der für Soziales zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

DEKRETVORENTWURF ZUR ANERKENNUNG VON ASSISTENZTIEREN UND ÜBER DIE ZUGANGSRECHTE ZU ÖFFENTLICHEN ORTEN VON PERSONEN IN BEGLEITUNG EINES ASSISTENZTIERES

INHALTSANGABE

Mit diesem Dekretentwurf werden die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Anerkennung von Assistenztieren und die Zugangsrechte zu öffentlichen Orten von Personen in Begleitung von Assistenztieren in der Deutschsprachigen Gemeinschaft festgelegt.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen	4
Kommentar zu den Artikeln	5
Vorentwurf	7

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Im Hinblick auf die weitere Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung (hiernach „die UN-Konvention") in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und des Aktionsplans „DG Inklusiv 2025" ist das Dekret zur Anerkennung von Assistenztieren ein wichtiger Schritt.

Die Verpflichtung, Assistenztiere anzuerkennen, lässt sich aus mehreren Bestimmungen der UN-Konvention direkt bzw. indirekt ableiten:

So sieht Artikel 5 Absätze 3 und 4 „Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung". vor, dass Vertragsstaaten die Bereitstellung angemessener Vorkehrungen gewährleisten müssen und dass besondere Maßnahmen, die zur Beschleunigung oder Herbeiführung der tatsächlichen Gleichberechtigung von Menschen mit Behinderungen erforderlich sind, nicht als Diskriminierung im Sinne der UN-Konvention gelten.

Artikel 9 und Artikel 20 der UN-Konvention verdeutlichen ihrerseits die Ziele, die durch die Zurverfügungstellung von tierischen Hilfe verfolgt werden. Zum einen soll der Zugang von Personen mit Unterstützungsbedarf zu Gebäuden und anderen Einrichtungen erleichtert werden. Zum anderen soll die persönliche Mobilität von Personen mit Unterstützungsbedarf im Sinne größtmöglicher Unabhängigkeit durch die erschwingliche Bereitstellung von tierischen Hilfe gefördert werden.

In der Allgemeinen Bemerkung Nr. 2 zu Artikel 9 der UN-Konvention wird darauf hingewiesen, dass *„[...] ein Teil der Aufgabe, die Vielfalt der Menschen mit Behinderungen bei der Bereitstellung der Zugänglichkeit zu berücksichtigen, ist, es anzuerkennen, dass manche Menschen mit Behinderungen menschliche oder tierische Hilfe benötigen, um in den Genuss vollständiger Zugänglichkeit zu gelangen [...]"*[1].

In der Tat haben die anderen Teilstaaten Belgiens bereits gesetzliche Bestimmungen zur Anerkennung von Assistenzhunden verabschiedet.[2]

Durch dieses Dekret sollen alle Arten von Assistenztieren anerkannt werden. Es beschränkt sich nicht nur auf die Anerkennung von Assistenzhunden.

Dieses Dekret soll neben der Anerkennung von Assistenztieren auch die damit verbundene Bezuschussung und die Zugangsrechte festlegen. Die Möglichkeit, die Unterstützung eines Assistenztieres wahrnehmen zu können, soll nicht von den finanziellen Ressourcen der Person bzw. ihres Umfeldes abhängen oder durch restriktive Zugangsrechte eingeschränkt sein.

---

[1] Deutsches Menschrechtsinstitut, Text der Allgemeinen Bemerkung in deutscher, nichtamtlicher Übersetzung, Absatz 29.

[2] So beispielsweise das Dekret der Flämischen Gemeinschaft vom 20. März 2009 'houdende de toegankelijkheid van publieke plaatsen voor personen met een assistentiehond', oder die Ordonnanz vom 18. Dezember 2008 'relative à l'accès des chiens d'assistance aux lieux ouverts au public'

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

Dieser Artikel regelt den Gegenstand des Dekretes. Zu den öffentlichen Gebäuden gehören u.a. Ministerien und Gemeindeverwaltungen. Ein Geschäftslokal ist ein privater Ort, der aber zur Nutzung der Allgemeinheit bestimmt ist und somit ebenfalls in den Anwendungsbereich des vorliegenden Dekretes fällt.

Artikel 2

Personenbezeichnungen im Dekretentwurf gelten für alle Geschlechter gleichermaßen.

Artikel 3

Dieser Artikel definiert Begriffe des Dekretentwurfs und sorgt für ein einheitliches Verständnis der entsprechenden Bestimmungen.

Artikel 4

Dieser Artikel legt die Bedingungen zur Anerkennung als Assistenztier fest. Neben Blindenhunden können auch anderen Tierarten als Assistenztier anerkannt werden, insofern die im vorliegenden Artikel festgelegten Bedingungen erfüllt sind. Der Betroffene erhält vom durch die Dienststelle für selbstbestimmtes Leben zugelassenen Trainer eine Bescheinigung, die es ihm erlaubt, sich für den Zugang zu den Örtlichkeiten entsprechend auszuweisen. Neben einer ersten Anerkennung muss das Assistenztier jährlich mit der Person mit Unterstützungsbedarf eine durch einen in Anwendung von Artikel 7 zugelassenen Trainer durchgeführte Eignungsprüfung absolvieren und bestehen.

Artikel 5

Damit die Anerkennung als Assistenztier aufrecht erhalten werden kann, muss das Assistenztier weiterhin bei der Person mit Unterstützungsbedarf leben und jährlich gemeinsam mit dieser Person eine Eignungsprüfung bestehen.

Artikel 6

Dieser Artikel legt die Fälle fest, in denen ein Assistenztier seine Anerkennung verliert.

Artikel 7

Dieser Artikel ermächtigt die Regierung, die Zulassungsbedingungen für einen Assistenztrainer festzulegen. Die Zulassung wird bei Erfüllung der durch die Regierung festgelegten Bedingungen durch die Dienststelle ausgestellt.

Eine Zulassung, die von einem anderen Teilstaat in Belgien in Anwendung der entsprechenden Rechtsgrundlagen ausgestellt wird, wird der im vorliegenden Artikel erwähnten Zulassung gleichgestellt. Dies gilt auch für Zulassungen, die durch eine dazu befugte ausländische Behörde erstellt wurde.

Artikel 8

Dieser Artikel schafft die dekretale Grundlage für die Bezuschussung von Assistenztiere. Die Regierung wird ermächtigt, die Höhe und die Bezuschussungsmodalitäten festzulegen. Die Bezuschussung muss jedoch mindestens die Modalitäten zur Bezuschussung des Trainings und der medizinischen Versorgung des Assistenztieres umfassen.

Artikel 9

Dieser Artikel legt den Grundsatz fest, dass Assistenztieren und der Person, die sie begleiten, der Zugang zu öffentlichen Orten gewährt werden muss. Ausnahmen zu diesem Grundsatz können Pflegestellen in Krankenhäuser oder Küchen in anderen Gebäuden bilden. Diese Einschränkungen müssen in einer spezifischen Regelung für die betroffenen Räumlichkeiten festgehalten sein und sichtbar vor dem Eingang der Örtlichkeiten angebracht werden wie z.B. mittels einer Hinweistafel.

Artikel 10

Dieser Artikel führt eine Strafbestimmung im Fall eines Verstoßes gegen die im vorliegenden Dekret festgehaltenen Verpflichtung bezüglich des Zugangs ein. Da die Nichteinhaltung dieser Verpflichtung für den Betroffenen eine Diskriminierung darstellt, wird diese Nichteinhaltung wie eine Diskriminierung gemäß Artikel 29 des Dekretes vom 19. März 2012 zur Bekämpfung bestimmter Formen von Diskriminierung geahndet.

Artikel 11

Dieser Artikel sieht ein Beschwerdeverfahren für den Fall vor, dass eine Person mit Unterstützungsbedarf, ein Familienmitglied oder ein Assistenztrainer durch die Nichteinhaltung der durch dieses Dekret vorgesehenen Bestimmungen geschädigt wurde. Dies ist beispielsweise dann der Fall, wenn ihnen der Zugang zu einem öffentlichen Ort in Begleitung des Assistenztieres auf ungerechtfertigte Weise verweigert wurde. Die für die Einhaltung des Dekrets 19. März 2012 zur Bekämpfung bestimmter Formen von Diskriminierung bestimmte Stelle wird sich in diesem Fall der Beschwerde annehmen und für die Weiterverfolgung gemäß den Bestimmungen des Anti-Diskriminierungsdekrets sorgen.

Artikel 12

Dieser Artikel sieht vor, dass die Kontrolle der aufgrund des vorliegenden Dekrets gewährten Zuschüsse gemäß dem Gesetz vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushaltspläne, die Kontrolle der Subventionen und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen erfolgt.

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
A. ANTONIADIS

VORENTWURF

Dekretvorentwurf zur Anerkennung von Assistenztieren und über die Zugangsrechte zu öffentlichen Orten von Personen in Begleitung eines Assistenztieres

Artikel 1 – Gegenstand

Vorliegendes Dekret regelt die Anerkennung von Assistenztieren und die daraus folgende Bezuschussung, sowie die Zugangsrechte dieser Tiere zu öffentlichen Gebäuden, zu öffentlichen oder privaten Orten und Transportmitteln, die zur Nutzung durch die Allgemeinheit bestimmt sind, sowie zum Arbeitsplatz.

Art. 2 – Personenbezeichnungen

Personenbezeichnungen im vorliegenden Dekret gelten für alle Geschlechter.

Art. 3 – Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets versteht man unter:

1. Assistenztier: ein Tier, das ausgebildet worden ist oder sich noch in der Ausbildung befindet, mit dem Ziel, eine Person mit Unterstützungsbedarf zu begleiten und in ihrer Selbstständigkeit zu unterstützen, und als solches gemäß Artikel 4 anerkannt worden ist ;
2. Person mit Unterstützungsbedarf: Nutznießer im Sinne von Artikel 3 Nummer 3 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben;
3. Assistenztrainer: Person, die eine Zulassung gemäß Artikel 7 vorweisen kann;
4. Dienststelle: Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben.

Art. 4 – Anerkennung von Assistenztieren

Ein Assistenztier gilt als solches anerkannt, wenn:

1. es bei der Person mit Unterstützungsbedarf lebt;
2. es von einem Assistenztrainer entsprechend dem Unterstützungsbedarf der Person mit Unterstützungsbedarf ausgebildet worden ist;
3. ihm durch den Assistenztrainer eine Bescheinigung ausgestellt worden ist, die es als Assistenztier identifiziert.

Art. 5 – Bedingungen zur Aufrechterhaltung der Anerkennung als Assistenztier

Zur Aufrechterhaltung der Anerkennung als Assistenztier sind folgende Bedingungen einzuhalten:

1. das Assistenztier erfüllt die in Artikel 4 Nummer 1 festgelegte Bedingung;
2. das Assistenztier absolviert jährlich gemeinsam mit der Person mit Unterstützungsbedarf eine durch den Assistenztrainer organisierte Eignungsprüfung und besteht diese.

Art. 6 – Verfall der Anerkennung als Assistenztier

Die Anerkennung als Assistenztier verfällt in folgenden Fällen:

1. die Dienststelle stellt im Rahmen einer Bedarfsermittlung fest, dass die Person mit Unterstützungsbedarf keine Assistenz durch ein Assistenztier mehr benötigt;

2. die Person mit Unterstützungsbedarf verstirbt und das Tier lebt weiter bei der Familie dieser Person;
3. das Assistenztier erfüllt nicht mehr die in Artikel 5 festgelegten Bedingungen zur Aufrechterhaltung der Anerkennung.

Der Verfall der Anerkennung hat das Erlöschen der in Artikel 9 aufgeführten Zugangsrechte zur Folge.

Art. 7 – Zulassung als Assistenztrainer

§1 – Die Zulassung als Assistenztrainer wird von der Dienststelle ausgestellt.

Die Regierung legt Folgendes fest:
1. die Zulassungsbedingungen als Assistenztrainer;
2. das Zulassungsverfahren;
3. das Verfahren zum Entzug der Zulassung als Assistenztrainer.

§2 – Die Zulassung als Assistenztrainer, die von einer anderen belgischen oder ausländischen hierzu ermächtigten Behörde ausgestellt wurde, ist der in Paragraf 1 Absatz 1 erwähnten Zulassung gleichgestellt.

Art. 8 – Bezuschussung eines Assistenztieres

Die Dienststelle kann die Nutzung eines Assistenztieres bezuschussen, wenn:
1. sie für eine Person in Anwendung des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben einen Unterstützungsbedarf feststellt;
2. dieser Unterstützungsbedarf durch die Unterstützung eines Assistenztieres beantwortet werden kann.

Die Bezuschussung umfasst in diesem Fall mindestens das Training sowie die medizinische Versorgung des Assistenztieres.

Die Regierung legt die Höhe der Bezuschussung und die Bezuschussungsmodalitäten fest.

Art. 9 – Zugangsrechte

§1 – Personen mit Unterstützungsbedarf und Assistenztieren, die im Rahmen ihrer Unterstützungsaufgabe Personen mit Unterstützungsbedarf begleiten, ist Zugang zu den in Artikel 1 erwähnten Orten zu gewähren.

Die Gewährung des in Absatz 1 erwähnten Zugangs kann nicht von der Zahlung einer zusätzlichen Gebühr abhängig gemacht werden, es sei denn, letztere wird als Gegenleistung einer gesonderten, wirtschaftlich bezifferbaren Dienstleistung verlangt.

§2 – Paragraf 1 gilt auch für die Assistenztrainer im Rahmen der Ausbildung des Assistenztieres.

§3 – In Abweichung von Paragraf 1 kann der Zugang zu den in Artikel 1 erwähnten Orten eingeschränkt werden aufgrund:
1. dahingehender gesetzlicher, dekretaler oder verordnungsrechtlicher Bestimmungen;

2. einer für die betroffenen Örtlichkeiten geltenden besonderen Regelung begründet durch Hygiene- und Sicherheitsanforderungen oder Anforderung für die öffentliche Gesundheit.

Die in Absatz 1 Nummer 2 erwähnten Einschränkungen sind nur dann zulässig, wenn es sich um Bereiche handelt, die spezifisch für medizinisch-technische und pflegerische Tätigkeiten vorgesehen sind, die zur Verarbeitung von Nahrungsmitteln dienen, oder die generell nur ohne Schuhe betreten werden.

Die Einschränkungen müssen sichtbar vor den betroffenen Bereichen ausgewiesen werden.

Art. 10 – Strafbestimmung

Jede Person, die einer Person mit Unterstützungsbedarf oder einem Assistenztrainer in Begleitung eines Assistenztieres den Zugang zu einem öffentlichen Ort in Ermangelung einer durch Artikel 9 §3 gerechtfertigten Abweichung oder Einschränkung verweigert, wird mit einer Gefängnisstrafe von einem Monat bis zu einem Jahr und einer Geldbuße von 50 Euro bis 1.000 Euro oder mit nur einer dieser Strafen bestraft.

Art. 11 – Beschwerden

Jede Person mit Unterstützungsbedarf, jedes Familienmitglied und jeder Assistenztrainer, der sich durch die Nichteinhaltung der Bestimmungen dieses Dekrets geschädigt fühlt, kann eine Beschwerde bei der in Artikel 12 des Dekretes vom 19. März 2012 zur Bekämpfung bestimmter Formen von Diskriminierung erwähnten Stelle einreichen, die für die Untersuchung und Weiterverfolgung sorgt.

Art. 12 – Kontrolle der Verwendung der Zuschüsse

Die Kontrolle der Verwendung der gewährten Zuschüsse erfolgt gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushaltspläne, die Kontrolle der Subventionen und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident
O. PAASCH

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
A. ANTONIADIS

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Op de voordracht van de Minister van Sociale Aangelegenheden;

Na beraadslaging,

Besluit:

De Minister van Sociale Aangelegenheden is ermee belast bij het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap het ontwerp van decreet in te dienen waarvan de tekst hierna volgt:

VOORONTWERP VAN DECREET HOUDENDE ERKENNING VAN ASSISTENTIEDIEREN EN BETREFFENDE HET RECHT VAN PERSONEN IN BEGELEIDING VAN EEN ASSISTENTIE-DIER OM TOEGANG TE HEBBEN TOT PUBLIEKE PLAATSEN

INHOUD

Met dit ontwerp van decreet wordt het juridische kader vastgelegd voor de erkenning van assistentiedieren en voor het recht van personen in begeleiding van assistentiedieren om toegang te hebben tot publieke plaatsen in de Duitstalige Gemeenschap.

INHOUDSOPGAVE

	Pagina
Memorie van toelichting	4
Algemene toelichting	4
Bespreking van de artikelen	5
Voorontwerp	7

MEMORIE VAN TOELICHTING

ALGEMENE TOELICHTING

Met het oog op de verdere uitvoering van het Verdrag van de Verenigde Naties inzake de rechten van personen met een handicap (hierna: het VN-Verdrag) in de Duitstalige Gemeenschap en het actieplan" DG Inclusief 2025" is het decreet houdende erkenning van assistentiedieren een belangrijke stap.

De verplichting om assistentiedieren te erkennen, kan direct of indirect worden afgeleid uit verschillende bepalingen van het VN-Verdrag:

Zo staat in artikel 5, "Gelijkheid en non-discriminatie", punt 3 en punt 4: "3. Teneinde gelijkheid te bevorderen en discriminatie uit te bannen, nemen de Staten die Partij zijn alle passende maatregelen om te waarborgen dat redelijke aanpassingen worden verricht. 4. Specifieke maatregelen die nodig zijn om de feitelijke gelijkheid van personen met een handicap te bespoedigen of verwezenlijken, worden niet aangemerkt als discriminatie in de zin van dit Verdrag."

Artikel 9 en artikel 20 van het VN-Verdrag preciseren welke doelstellingen beoogd worden met de terbeschikkingstelling van hulp door dieren. Enerzijds is het de bedoeling om de toegang tot gebouwen en andere faciliteiten te vergemakkelijken voor personen met ondersteuningsbehoefte. Anderzijds is het de bedoeling om de persoonlijke mobiliteit van personen met ondersteuningsbehoefte met de grootst mogelijke mate van zelfstandigheid te waarborgen door vormen van hulp door dieren beschikbaar te maken tegen een betaalbare prijs.

In de algemene opmerking nr. 2 bij artikel 9 van het VN-Verdrag wordt erop gewezen dat bij de toegankelijkheid aandacht moet worden geschonken aan de verscheidenheid van de mensen met een handicap en dat die taak onder meer inhoudt dat erkend moet worden dat sommige mensen met een handicap hulp door mens of dier nodig hebben opdat toegankelijkheid voor hen geen dode letter blijft (vrije vertaling).[1]

De andere deelentiteiten van België hebben de erkenning van assistentiehonden al bij decreet of ordonnantie geregeld.[2]

Dit decreet heeft tot doel alle soorten van assistentiedieren te erkennen. Het beperkt zich niet tot de erkenning van assistentiehonden.

Dit decreet heeft de erkenning van assistentiedieren tot doel en heeft ook tot doel de daarmee verbonden subsidiëring en het recht van toegang te regelen. De mogelijkheid om zich te kunnen laten helpen door een assistentiedier mag niet van de financiële middelen van de te assisteren persoon of van diens naaste omgeving afhangen en mag ook niet door restrictieve toegangsrechten beknot worden.

---

[1] Duits Instituut voor de Mensenrechten, tekst van de algemene opmerking in niet-officiële Duitse vertaling, punt 29: "[...] ein Teil der Aufgabe, die Vielfalt der Menschen mit Behinderungen bei der Bereitstellung der Zugänglichkeit zu berücksichtigen, ist, es anzuerkennen, dass manche Menschen mit Behinderungen menschliche oder tierische Hilfe benötigen, um in den Genuss vollständiger Zugänglichkeit zu gelangen[...]"

[2] Bijvoorbeeld: het decreet van de Vlaamse Gemeenschap van 20 maart 2009 houdende de toegankelijkheid van publieke plaatsen voor personen met een assistentiehond of de ordonnantie van 18 december 2008 betreffende de toegang van assistentiehonden tot voor het publiek toegankelijke plaatsen.

BESPREKING VAN DE ARTIKELEN

Artikel 1

In dit artikel wordt het voorwerp van het decreet geregeld. Tot de publieke gebouwen behoren onder meer gebouwen van het ministerie en van de gemeentediensten. Een zaak of winkel is een private plaats die echter voor publiek gebruik bestemd is en daardoor ook binnen het toepassingsgebied van dit decreet valt.

Artikel 2

De verwijzingen naar personen in het ontwerp van decreet gelden voor alle geslachten in gelijke mate.

Artikel 3

In dit artikel worden begrippen van het ontwerp van decreet gedefinieerd; dit zorgt ervoor dat die begrippen telkens op dezelfde manier begrepen worden.

Artikel 4

In dit artikel worden de voorwaarden voor een erkenning als assistentiedier vastgelegd. Naast geleidehonden kunnen ook andere dieren als assistentiedier erkend worden, voor zover de in artikel 4 gestelde voorwaarden vervuld zijn. Betrokkene krijgt van de door de Dienst voor zelfbeschikkend leven erkende instructeur een attest, waarmee hij kan attesteren dat hij recht op toegang tot publieke plaatsen heeft. Naast een eerste erkenning moet het assistentiedier samen met de persoon met ondersteuningsbehoefte jaarlijks deelnemen aan en slagen voor een geschiktheidstest die wordt georganiseerd door een instructeur die met toepassing van artikel 7 is erkend.

Artikel 5

Om de erkenning als assistentiedier te kunnen behouden, moet het assistentiedier bij de persoon met ondersteuningsbehoefte blijven leven en samen met die persoon jaarlijks slagen voor een geschiktheidstest.

Artikel 6

Dit artikel bepaalt in welke gevallen een assistentiedier zijn erkenning verliest.

Artikel 7

In dit artikel wordt de Regering gemachtigd om de voorwaarden voor een erkenning als instructeur te bepalen. De erkenning wordt afgegeven door de Dienst voor zelfbeschikkend leven als de door de Regering bepaalde voorwaarden vervuld zijn.

Een erkenning die wordt afgegeven door een andere deelentiteit in België met toepassing van de daar geldende rechtsgrondslagen wordt gelijkgesteld met de erkenning ver-

meld in dit artikel. Dit geldt ook voor erkenningen die door een bevoegde buitenlandse autoriteit werden afgegeven.

Artikel 8

Dit artikel schept de decretale grondslag voor de subsidiëring van assistentiedieren. De Regering wordt ertoe gemachtigd om het bedrag en de nadere regels voor de subsidiëring te bepalen. De subsidiëring moet echter minstens de nadere regels voor de subsidiëring van de training van het assistentiedier en voor de subsidiëring van de medische verzorging van het assistentiedier omvatten.

Artikel 9

Dit artikel legt het principe vast dat assistentiedieren en door assistentiedieren begeleide personen toegang moeten krijgen tot publieke plaatsen. Verzorgingseenheden in ziekenhuizen of keukens in andere gebouwen kunnen een uitzondering op dat principe vormen. Die beperkingen moeten worden vastgelegd in een specifieke regeling voor de betrokken ruimten en moeten zichtbaar voor de ingang van de plaatsen worden aangebracht, bijvoorbeeld via een informatiebord.

Artikel 10

Bij dit artikel wordt een strafbepaling ingevoerd in geval van inbreuk op de in dit decreet opgelegde toegangsverplichting. Aangezien betrokkene bij niet-naleving van die verplichting gediscrimineerd wordt, is die niet-naleving strafbaar als een discriminatie in de zin van artikel 29 van het decreet van 19 maart 2012 ter bestrijding van bepaalde vormen van discriminatie.

Artikel 11

Dit artikel voorziet in een klachtenprocedure voor het geval dat de niet-naleving van de bepalingen van dit decreet nadeel heeft berokkend aan een persoon met ondersteuningsbehoefte, aan een gezinslid of aan een instructeur. Dat is bijvoorbeeld het geval wanneer hen in begeleiding van een assistentiedier op ongerechtvaardigde wijze de toegang tot een publieke plaats werd geweigerd. De klacht zal worden behandeld door de instantie die is aangewezen voor de naleving van het decreet van 19 maart 2012 ter bestrijding van bepaalde vormen van discriminatie; die instantie volgt de klacht op overeenkomstig de bepalingen van voormeld decreet.

Artikel 12

In dit artikel staat dat de subsidies die krachtens dit decreet worden toegekend, worden gecontroleerd overeenkomstig de wet van 16 mei 2003 tot vaststelling van de algemene bepalingen die gelden voor de begrotingen, de controle op de subsidies en voor de boekhouding van de gemeenschappen en de gewesten, alsook voor de organisatie van de controle door het Rekenhof.

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden
A. ANTONIADIS

VOORONTWERP

Voorontwerp van decreet houdende erkenning van assistentiedieren en betreffende het recht van personen in begeleiding van een assistentiedier om toegang te hebben tot publieke plaatsen

Artikel 1 – Voorwerp

In dit decreet wordt de erkenning van assistentiedieren en de daaruit voortvloeiende subsidiëring geregeld, alsook het recht van assistentiedieren om toegang te krijgen tot openbare gebouwen, tot openbare of private plaatsen en vervoersmiddelen die voor het publiek bestemd zijn en tot de werkplek.

Art. 2 – Hoedanigheden

De hoedanigheden in dit decreet gelden voor alle geslachten.

Art. 3 – Definities

Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder:
1° assistentiedier: een dier dat opgeleid werd of wordt om een persoon met ondersteuningsbehoefte te begeleiden en de zelfredzaamheid van die persoon te bevorderen en dat op grond daarvan overeenkomstig artikel 4 erkend is;
2° persoon met ondersteuningsbehoefte: gebruiker in de zin van artikel 3, 3°, van het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven;
3° instructeur: persoon die een erkenning overeenkomstig artikel 7 heeft;
4° Dienst voor zelfbeschikkend leven: Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven.

Art. 4 – Erkenning van assistentiedieren

Een assistentiedier wordt als zodanig erkend beschouwd als:
1° het bij de persoon met ondersteuningsbehoefte leeft;
2° het door een instructeur opgeleid is op maat van de ondersteuningsbehoefte van de persoon met ondersteuningsbehoefte;
3° het een door de instructeur afgegeven attest heeft waarmee het als assistentiedier geattesteerd wordt.

Art. 5 – Voorwaarden die moeten worden nageleefd om de erkenning als assistentiedier te mogen behouden

Voor het behoud van de erkenning als assistentiedier moeten de volgende voorwaarden worden nageleefd:
1° het assistentiedier vervult de voorwaarde gesteld in artikel 4, 1°;
2° het assistentiedier legt, samen met de persoon met ondersteuningsbehoefte, jaarlijks een door de instructuur georganiseerde geschiktheidstest af en slaagt voor die test.

Art. 6 – Verval van de erkenning als assistentiedier

De erkenning als assistentiedier vervalt in de volgende gevallen:

1° de dienst voor zelfbeschikkend leven stelt in het kader van een behoefteanalyse vast dat de persoon met ondersteuningsbehoefte geen assistentie door een assisentiedier meer nodig heeft;
2° de persoon met ondersteuningsbehoefte overlijdt en het dier blijft bij de familie van de overledene wonen;
3° het assistentiedier voldoet niet meer aan de voorwaarden gesteld in artikel 5 om de erkenning te behouden.

Het verval van de erkenning heeft tot gevolg dat het recht van toegang vermeld in artikel 9 ophoudt te bestaan.

Art. 7 – Erkenning als instructeur

§ 1 – De erkenning als instructeur wordt afgegeven door de Dienst voor zelfbeschikkend leven.

De Regering bepaalt:
1° de voorwaarden om erkend te worden als instructeur;
2° de erkenningsprocedure;
3° de procedure voor de intrekking van de erkenning als instructeur.

§ 2 – De erkenning als instructeur die door een andere Belgische of buitenlandse daartoe gemachtigde autoriteit werd afgegeven, wordt gelijkgesteld met de erkenning vermeld in paragraaf 1, eerste lid.

Art. 8 – Subsidiëring van een assistentiedier

De Dienst voor zelfbeschikkend leven kan hulp door een assistentiedier subsidiëren als:
1° de Dienst voor zelfbeschikkend leven een ondersteuningsbehoefte voor een persoon vaststelt met toepassing van het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven;
2° aan die ondersteuningsbehoefte kan worden voldaan met behulp van een assistentiedier.

De subsidiëring omvat in dat geval minstens de training en de medische verzorging van het assistentiedier.

De Regering bepaalt het bedrag en de nadere regels voor de subsidiëring.

Art. 9 – Recht van toegang

§ 1 – Personen met ondersteuningsbehoefte en assistentiedieren die in het kader van hun ondersteuningsopdracht personen met ondersteuningsbehoefte begeleiden, hebben recht op toegang tot de plaatsen vermeld in artikel 1.

De uitoefening van het recht vermeld in het eerste lid mag niet afhankelijk worden gemaakt van het betalen van een supplement, tenzij als tegenprestatie voor een economisch raambare specifieke dienst.

§ 2 – Paragraaf 1 geldt ook voor de instructeur in het kader van de opleiding van het assistentiedier.

§ 3 – In afwijking van paragraaf 1 kan de toegang tot de plaatsen vermeld in artikel 1 beperkt worden op grond van:

1° dienovereenkomstige wettelijke, decretale of reglementaire bepalingen;

2° een specifieke, voor de betrokken plaatsen geldende regeling om redenen van hygiene, veiligheid of volksgezondheid.

De beperkingen vermeld in het eerste lid, 2°, zijn alleen toegestaan als het gaat om ruimten die specifiek voor medisch-technische en verpleegkundige activiteiten bestemd zijn, die voor de verwerking van levensmiddelen dienen of die algemeen alleen ongeschoeid betreden mogen worden.

De beperkingen moeten zichtbaar aangebracht zijn vóór de ruimten in kwestie.

Art. 10 – Strafbepaling

Elke persoon die een persoon met ondersteuningsbehoefte of een assistentietrainer in begeleiding van een assistentiedier de toegang tot een publieke plaats weigert zonder dat daartoe een door artikel 9, § 3, gerechtvaardigde afwijking of beperking bestaat, wordt gestraft met een gevangenisstraf van één maand tot één jaar en met een geldboete van 50 euro tot 1.000 euro of met één van die straffen.

Art. 11 – Klachten

Elke persoon met ondersteuningsbehoefte, elk gezinslid en elke instructeur die zich door de niet-naleving van dit decreet benadeeld voelt, kan een klacht indienen bij de instantie vermeld in artikel 12 van het decreet van 19 maart 2012 ter bestrijding van bepaalde vormen van discriminatie; die instantie onderzoekt de klachten en volgt ze op.

Art. 12 – Controle van de aanwending van de subsidies

De aanwending van de toegekende subsidies wordt gecontroleerd overeenkomstig de wet van 16 mei 2003 tot vaststelling van de algemene bepalingen die gelden voor de begrotingen, de controle op de subsidies en voor de boekhouding van de gemeenschappen en de gewesten, alsook voor de organisatie van de controle door het Rekenhof.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President
O. PAASCH

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden
A. ANTONIADIS